

Wahlen und Wohlbefinden 2013

Es war ein wenig begeisternder Wahlkampf, und es gibt ein wenig begeisterndes Wahlergebnis. Keine der Parteien verkörpert eine Idee, für die sich die Intellektuellen des Landes erwärmen könnten.

Christian Fleck

Der Ausgang der Wahl vom Sonntag wird bestimmen, welche Parteien die Regierung bilden, die Republik Österreich in den kommenden fünf Jahren – ja was? Gemäß Verfassung: die in Gesetzesform gebrachte Meinung der Mehrheit der 183 Abgeordneten Wirklichkeit werden lassen; der Realverfassung zufolge bestimmen, wer was wird, wessen Anliegen gehört werden und über wessen Meinungen, Vorschläge et cetera sich der Bundeskanzler und seine geschätzten Regierungskollegen hinwegsetzen können.

So weit, so bekannt, und niemand, der am Sonntag zur Wahl ging, glaubte, dass sich durch seine (ihre) Stimmabgabe daran etwas ändern würde. Trotz aller Erfolge neuer wahlwerbender Parteien retteten sich die beiden ehemaligen Großparteien gemeinsam noch einmal über die 50-Prozent-Hürde. Groß kann man sie nicht mehr nennen, und bei „Altparteien“ echot es doch zu sehr aus dem Bärenal. Also vielleicht: die beiden „Ex“.

Welche Änderungen sind nach diesem Wahlergebnis zu erwarten?

Schönes Wahlwetter

Meinungsforscher prophezeien, bei Schlechtwetter gehen mehr Leute zur Wahl, und die staatliche Zentralanstalt für Meteorologie und Geodynamik (ZAMG) errechnete, dass jede Sonnenstunde die Wahlbeteiligung um 0,6 Prozent verringert. In Graz, wo ich gestern das Wetter beobachten konnte, stieg die Wahlbeteiligung tatsächlich um fünf Prozent.

Nicht zur Wahl zu gehen wird von manchen als stillschweigende

Der Schlüssel zum Wählerwillen: Die Bürger wollen, dass alles sich ändert und gleichzeitig alles so bleibt, wie es ist.

Foto: APA



de Zustimmung zu den bestehenden Verhältnissen gedeutet. Jeder vierte Wahlberechtigte fällt in diese Kategorie, doch die zunehmende Tendenz der Wahlabstinz ist, wenn man in vergleichbare Länder schaut, alles andere als besorgniserregend. Dass drei von vier Wahlberechtigten eine Wahlzelle aufsuchen, zeigt jedenfalls, dass sie dem politischen System nicht prinzipiell ablehnend gegenüberstehen.

Die Stimmen für die „Ex“-Parteien SPÖ und ÖVP kann man jedenfalls als Zustimmung zur Politik der vergangenen fünf Jahre und zu deren Fortsetzung in den nächsten fünf Jahren deuten. Tatsächlich kam Österreich durch die Finanzkrise der vergangenen Jahre weit besser hindurch als andere Länder, trotz Hypo Alpe Adria, Kommunalkredit und Volksbank.

Politische Analphabeten

Zählt man die Stimmen für FPÖ und das Team Stronach zusammen, kennt man die Zahl jener, die einen (leider noch inexistenten) „political literacy test“ (also einen Test, mit dem festgestellt werden soll, ob jemand weiß, worum es in der Politik geht) nicht schaffen würden. Der Wähleranteil der beiden Protestparteien ist ungefähr gleich groß wie jener bei den 15-Jährigen, die nicht sinnerfassend zu lesen vermögen. Die Wähler dieser beiden Parteien wählten weder ein Programm, noch versuchten sie, durch ihre Stimme einer Partei, die ihre Interessen vertritt, zu einer verbesserten

Position in der parlamentarischen Kompromissfindung zu verhehlen, nein sie wollten bloß ihrer Befindlichkeit Ausdruck verleihen und gut österreichisch a Hetz g'habt haben.

Man kann sich daher eigentlich beruhigt zurücklehnen: Die Neos

und die Grünen werden den vernünftigen, Strache und Stronach den unterhaltenden Teil der Opposition geben, und über Unterhaltung und Geschmack lässt sich bekanntlich lang streiten.

Die Stimmung im Land wird sich durch das Ergebnis dieser NR-Wahl kaum ändern. Die Erwartung, dass es schlimmer wird und noch Schlimmeres

droht, wabert beständig durch die verschiedensten Altersgruppen und soziale Schichten. 20-Jährige sorgen sich um ihre Pensionen, und Gebildete sehen die Gesellschaft immer weiter auseinanderdriften.

Und tatsächlich: Während der fünfjährigen SP-VP-Regierung verlor Österreich im Human Development Index der Vereinten Nationen vier Plätze und rangiert heute nur noch auf Rang 18! Die ganze Wahrheit lautet allerdings, dass die auf einem der ersten 30 Plätze liegenden Staaten allesamt zu den höchstentwickelten gehören und Österreich trotz des Abstiegs um vier Plätze seinen Indexwert erhöhen konnte. Mit anderen Worten: An-

dere Staaten waren ein wenig erfolgreicher, doch Österreich gehört weltweit zu den wenigen Inseln des Wohlstands und Wohlbefindens – bloß weiß es kaum jemand im Land. Und daran wird sich so schnell auch nichts ändern.

Öffentliche Abstinenz

Die politische Enthaltensamkeit von Künstlern und Intellektuellen wird sich fortsetzen, weil drei Gründe existieren: Keine der Parteien verkörpert eine Idee, die so attraktiv ist, dass sich für sie jemand begeistern könnte. Die „Ex“-Parteien verfügen offensichtlich nicht mehr über Zuckerbrot und Peitsche, um Subventionsempfänger zu Wahlempfehlungen ermuntern zu können (das klappt nur noch in Niederösterreich).

Drittens haben die bisherigen Regierungsparteien die Möglichkeit der Mitsprache nahezu ausradiert.

Das Abschassen der Volksbegehren hatte Präzedenzwirkung. Doch auch andere Kanäle, auf denen Wortschmiede ihre Ratschläge vorbringen könnten, scheinen ausgetrocknet worden zu sein – oder kann sich jemand daran erinnern, dass der (Vize-)Kanzler

sich irgendwann von einer Gruppe von Intellektuellen, Literaten, Experten beraten hätte lassen oder mit solchen Leuten wenigstens einen Meinungsaustausch gesucht hätte?

CHRISTIAN FLECK (59) ist Soziologe an der Universität Graz.

GERFRIED SPERL

Die „Kleinen“ haben ihr großes Wahlziel verfehlt



Wenigstens diese Reform der österreichischen Demokratie hatte man sich erwartet: Die kleineren bis kleinen Parteien würden

so stark abschneiden, dass SPÖ und ÖVP eine von ihnen zum Regieren brauchen.

Grüne, Stronach, Neos und BZÖ erreichten zwar einen Anteil von mehr als einem Viertel der Stimmen – aber zu wenig, um die einfache Mehrheit der beiden Traditionsparteien zu brechen.

Die Wählerinnen und Wähler haben die Regierung abgestraft, wünschen sich aber keine große Veränderung.

Vor allem die Grünen hätten es schaffen müssen, über die 15-Prozent-Marke zu wachsen, um mit der SPÖ und allenfalls den Neos eine Reformmehrheit (Schule, Steuersystem, Infrastruktur) zu bilden. So bleibt ihnen nur die Genugtuung, besser abgeschnitten zu haben als ihre deutschen Freunde.

Frank Stronach wird man einst einmal in einem kanadisch-österreichischen Raritätenkabinett ausstellen können. Nicht einmal unter den „großen Alten“, die Österreich der Politik in den letzten Jahren geliefert hat, schafft er einen vorderen Platz. Der wie Stronach als Anhänger der Todesstrafe aufgetretene Arnold Schwarzenegger war zwei Perioden Gouverneur von Kalifornien, Karl Schwarzenberg mehrere Jahre tschechischer Außenminister und noch dazu ein intelligenter Wahlkämpfer. Weil Hans Peter Haselsteiner mit dem Einmaleinsatz von mehr als einer halben Million Euro die Neos in den Nationalrat geschubst hat, gebührt ihm Platz drei vor Stronach.

Sollte sich der Industrielle tatsächlich ins Parlament setzen, wird sich die Zuschauerquote bei den TV-Übertragungen steigern.

Josef Bucher hätte man nach seinen munteren TV-Auftritten einen Verbleib in der Volksvertretung, Spezialgebiet Köche und Hoteliers, gewünscht. Bucher wirkte manchmal aber wie ein Klon von Michael Spindelegger. Beide glaubten offenbar, mit touristischen Wahlkämpfen die Politiklust zu steigern. Beim BZÖ mit dem Resultat, dass an seinen Positionen kein wirklicher Bedarf besteht.

Die Rückkehr einer liberalen Partei in den Nationalrat zeigt, dass es vor allem in (nicht nur großen) Städten eine – sicher durch den Kulturbetrieb gestärkte – Neigung gibt, in Österreich dem Liberalismus politisches Gewicht zu geben. Heide Schmidt ist ja vor mehr als einem Jahrzehnt mit dem LIF aus dem Parlament geflogen, weil sie das 13. und 14. Gehalt in die zwölf Monatsgehälter einrechnen wollte.

Die Neos haben vor allem davon profitiert, dass die Volkspartei keinen liberalen Flügel mehr hat. Staatssekretär Sebastian Kurz wirkte im konservativen Gemenge der ÖVP wie ein Exote ohne Gefolgschaft.

Sicher haben die Neos auch Grüne abgezogen, die 2008 noch vom liberalen Grandseigneur Alexander Van der Bellen angezogen wurden. Sonst hätte Eva Glawischnig sicher an die 14 Prozent erreicht.

Eine Besonderheit am Rande: Ausgerechnet eine Wache nach dem Rauswurf der FDP aus dem deutschen Bundestag zieht die neue österreichische Schwesterpartei ins Parlament ein. Politische Nachhaltigkeit muss sie sich aber erst erkämpfen.

gerfried.sperl@derStandard.at
derStandard.at/Sperl



Christian Fleck: Die Parteien der „Ex“ herrschen vor.

Foto: Furgler

LESERSTIMMEN

Soldatenpensionen

Betrifft: „Zeitsoldaten bangen um ihre Pension“ von Conrad Seidl

DER STANDARD, 24. 9. 2013

Ich danke Conrad Seidl, dass er in seinem sachlichen Artikel das Problem der Pensionsanrechnung für Zeitsoldaten so umfassend aufgegriffen hat. Ich werde mich dazu schnell kundig machen und das Problem auf den entsprechenden politischen Ebenen aufgreifen.

Andreas Khol

Bundesobmann Seniorenbund

Es war nicht immer Hayek

Betrifft: „Die Finanzschmelze und der schlaue August“ von S. Schulmeister DER STANDARD, 26. 9. 2013 Herr Schulmeister meint, hinter der „Agenda“ der Finanzkrise 2008 „steht der österreichische

Ökonom und Nobelpreisträger Friedrich August v. Hayek“, dem er zugleich, wenn auch widerwillig, bescheinigt: „Wie bewundernswert die Leistung von Hayek und Co. war, kann man am Versagen der linken Ökonomen in den nachfolgenden Jahrzehnten ermessen.“ Die Finanzkrise 2008 ist im Prinzip eine Wiederholung der Finanzkrise von 1929/30, die man schwerlich dem damals noch relativ wenig bekannten und ziemlich einflusslosen Hayek in die Schuhe schieben kann. Statt ihn zu dämonisieren, wäre es nützlicher gewesen, wenn Schulmeister gründlich untersucht hätte, weshalb es 2008 zur Krise kommen konnte, obwohl die Erfahrung von 1929/30 vorlag und seither immer wieder, nicht zuletzt von Keynesianern, behauptet worden war, eine Wiederholung von 1929/30 sei – dank

Keynesianismus! – so gut wie ausgeschlossen. Eine solche Untersuchung wäre umso nützlicher, um die „kommende Finanzschmelze“, von der Schulmeister spricht und die nicht wenige befürchten, zu vermeiden. Walter Sandtner 1030 Wien

Vom Kopf auf die Füße

Betrifft: Wahlberichterstattung Wäre es nicht Zeit, zu sehen, dass es bei Wahlen mehr um Ablehnung geht als um Zustimmung? Damit wären die Ergebnisse vom Kopf auf die Füße zu stellen. Bei 27 Prozent gültiger Stimmen für die SPÖ haben 73 Prozent gegen die SPÖ gestimmt, wenn man die Nichtwähler mitzählt 81 Prozent. Sie, die alle Parteien ablehnen, fallen gegenüber den Wählern mehr ins Gewicht. Ewald Eichler via Internet